

Anhang zur BIBB Pressemitteilung 10/2021 vom 05.05.2021

Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2021 der Bundesregierung

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung dankt den zuständigen Bundesministerien und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für die Erstellung des Berufsbildungsberichts 2021.

Es folgen einzelne Stellungnahmen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder:

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber

Die Beauftragten der Arbeitgeber im BIBB-Hauptausschuss danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung für den umfassenden und detaillierten Berufsbildungsbericht 2021.

Der Bericht beschreibt die außergewöhnliche Situation der beruflichen Bildung in Deutschland nach einem Jahr der Corona-Pandemie ausgewogen. Im Jahr 2020 hat sich das duale Berufsbildungssystem als robust erwiesen.

Eine duale Berufsausbildung stellt auch in Zeiten der Pandemie einen guten Einstieg in das Erwerbsleben dar, vermittelt die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen und somit die Sicherung einer langfristigen und nachhaltigen Erwerbstätigkeit. Gleichzeitig bildet sie das Rückgrat einer qualifizierten Fachkräftesicherung. Mehr denn je werden gut ausgebildete Fachkräfte in der Zukunft zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft benötigt.

Der Rückgang bei den neuen Ausbildungsverträgen beträgt rd. 11 Prozent. Dies ist vornehmlich durch die Pandemie bedingt. Die rückläufige Entwicklung wird verstärkt durch die demografische Entwicklung und das veränderte Bildungswahlverhalten junger Menschen. Sie gibt Anlass zur Sorge um die Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Die Corona-bedingten großen Verunsicherungen bei den Betrieben und jungen Menschen sind an rückläufigen Ausbildungsstellen- und Bewerberzahlen erkennbar.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie verhinderten die Durchführung bewährter Berufsorientierung in Form von persönlicher Beratung, Betriebspraktika, Ausbildungsmessen, Tage der Offenen Tür, Berufsorientierungsunterricht etc.. Dies belastete den ohnehin seit Jahren immer schwieriger werdenden Matchingprozess am Ausbildungsmarkt zusätzlich. Zahlreiche digitale Angebote und Umstellung auf digitales Recruiting versuchten dies zwar aufzufangen, konnten den

unmittelbaren Kontakt zwischen Ausbildungsinteressierten und Ausbildungsunternehmen sowie das direkte Erfahren beruflichen Handelns jedoch nur bedingt ersetzen.

Das Ausbildungsengagement der Wirtschaft ist nach wie vor hoch, dies zeigt sich an der unverändert hohen Zahl von fast 60.000 unbesetzten Ausbildungsstellen zum Stichtag 30.09.2020. Im Rahmen der bekannten Matchingproblematik standen diesen knapp 30.000 unversorgte Jugendliche gegenüber. Durch die Anstrengungen aller Beteiligten kam der erweiterten Nachvermittlung eine besondere Bedeutung zu.

Dies zeigt, dass Unternehmen weiterhin zu ihrer Verantwortung für die Sicherung der Ausbildung junger Menschen auch in schwierigen wirtschaftlichen Lagen stehen und die Herausforderungen annehmen.

Mehrere Faktoren haben gezeigt, dass das Berufsbildungssystem resilient ist.

Als positives Beispiel unterstreicht der Hauptausschuss die Umsetzung der Prüfungen in der beruflichen Bildung während der Pandemie. Die Berufsschulen, Betriebe und zuständigen Stellen haben es dank engagiertem Einsatz geschafft, trotz großer Herausforderungen das komplexe Prüfungsgeschehen aufrechtzuerhalten und die Berufsausbildung für die Absolventen und Absolventinnen zu einem gelungenen Abschluss zu bringen. Hierfür gebührt allen ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern sowie Ausbilderinnen und Ausbildern unser herzlicher Dank. Auch für das Jahr 2021 möchten wir an alle Beteiligten appellieren, dieses große Engagement zum Wohle der Auszubildenden fortzuführen.

Die Umsetzung des novellierten Berufsbildungsgesetzes erfolgte 2020 unter erschwerten Bedingungen und bleibt auch in den Folgejahren relevant. Neben der Aktualisierung einiger Hauptausschussempfehlungen kam vor allem der Anpassung von Fortbildungsordnungen besondere Bedeutung zu, um die neuen Fortbildungsabschlussbezeichnungen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“ einzuführen.

Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Berichtszeitraums konnten wichtige Impulse für die Modernisierung und Intensivierung der europäischen Berufsbildungspolitik gegeben werden. In der Osnabrücker Erklärung konnten die verantwortlichen Ministerinnen und Minister, die Sozialpartner und die Europäische Kommission Ziele für eine verbesserte Beschäftigungsfähigkeit auf der Grundlage exzellenter Berufsbildung, eine Stärkung der höheren bzw. höherqualifizierenden Berufsbildung sowie Fortschritte bei der Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung vereinbaren. Es wäre wünschenswert gewesen, diese europäische Dimension im Berufsbildungsbericht noch intensiver zu beleuchten.

Viele Herausforderungen bleiben auch für das Jahr 2021 aktuell und verlangen weiterhin gemeinsame Anstrengungen und Lösungsstrategien, um bundesweit ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsstellen zu gewährleisten, ausreichend Bewerberinnen und Bewerber für die duale Ausbildung zu gewinnen und die Attraktivität der dualen Berufsausbildung weiterhin deutlich zu machen. Neben den Auszubildenden und den Betrieben gilt dies zunehmend auch für das Ausbildungspersonal, das durch sein großes Engagement dazu beigetragen hat, die Folgen der Pandemie in den Ausbildungsbetrieben zu bewältigen.

Unser gemeinsames Ziel bleibt es weiterhin, die Folgen der Corona-Krise auf die Ausbildung abzumildern und konstruktiv zu gestalten.

Hierfür bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten.

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer

Es ist fünf vor zwölf auf dem Ausbildungsmarkt. Wir haben schon im ersten Corona-Jahr 2020 ein Minus von 11 Prozent bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gehabt. Die Zahl der Neuverträge ist damit erstmals seit der Deutschen Einheit unter die 500.000er-Marke gefallen (467.000).

Die Krise ist zudem noch nicht vorbei. Erste Daten deuten jetzt schon auf einen weiteren Rückgang von 10 Prozent hin. Bestätigt sich dieser Trend, droht uns innerhalb von zwei Jahren ein Verlust von fast 100.000 Neuverträgen. Die duale Berufsausbildung befindet sich – quantitativ – in einer Abwärtsspirale.

Die Corona-Krise trifft auf einen ohnehin schon angespannten Ausbildungsmarkt. Schon vor der Pandemie hingen die Ausbildungschancen junger Menschen von ihrem Wohnort, ihrem Schulabschluss und dem Pass ihrer Eltern ab.

Die Krise könnte insbesondere Jugendliche treffen, die höchstens einen Hauptschulabschluss haben. Schon heute haben 33,0 Prozent der jungen Menschen mit Hauptschulabschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren keinen Berufsabschluss (BIBB-Datenreport 2020, S. 281). Ihnen könnte der Sprung in Ausbildung noch schwerer fallen.

Dies ist besonders dramatisch, da es schon zwischen 2011 und 2019 trotz einer guten demographischen (es gab schlicht weniger junge Menschen „zu versorgen“) und vergleichsweise einer guten konjunkturellen Entwicklung nicht gelungen ist, die Zahl der Personen ohne Ausbildungsabschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren zu senken. Lag die Zahl 2011 noch bei 1,98 Millionen (13,8 Prozent), ist sie 2019 auf 2,16 Millionen (14,7 Prozent) gestiegen. Die Ausbildungslosigkeit könnte sich erneut verschärfen.

Mehr noch: Dem Ausbildungsmarkt drohen Langzeitschäden. Schon heute verzeichnen große Branchen, aber auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) sinkende Zahlen für das Ausbildungsjahr 2021. Eine Parallele zur globalen Finanzkrise 2009 zeichnet sich ab. Im Jahr 2008 gab es 616.300 abgeschlossene neue Ausbildungsverträge. Im Jahr 2009 gab es ein Minus von 52.000 Verträgen (564.300). Dieser Rückgang wurde nie aufgeholt. Im Gegenteil: Seit 2013 liegt die Zahl der abgeschlossenen Verträge trotz robuster Konjunktur und steigender Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter zwischen 520.000 und ca. 530.000 Verträgen. Diesen Substanzverlust hat die duale Berufsausbildung niemals aufgeholt.

724.310 ausbildungsinteressierte Personen wurden 2020 institutionell erfasst. Obwohl alle in der Lage gewesen wären, eine Ausbildung zu beginnen, sind nur 64,5 Prozent in eine Ausbildung eingemündet. 2019 lag diese sogenannte Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI) noch bei 66,7. Gleichzeitig ist der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen im Jahr 2020 gegenüber 2019 um 12,8 Prozent gestiegen. Es ist Gift für unsere Gesellschaft, wenn Betriebe über die wachsende Zahl an unbesetzten Ausbildungsplätzen klagen und gleichzeitig zahllose Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden.

Die Fokussierung der Bundesregierung auf die Angebots-Nachfrage-Relation im Berufsbildungsbericht 2021 verstellt in diesem Jahr den Blick auf die tatsächlichen Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt. Gerade im Jahr 2020 ist es der BA aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen nicht gelungen, den Kontakt zu vielen Jugendlichen aufzubauen. Deshalb ist, auch wegen der stabilen Zahl der Schulabgänger und Schulabgängerinnen davon

auszugehen, dass etliche unversorgte Bewerberinnen und Bewerber noch nicht in der Statistik erfasst wurden.

Die Bundesregierung darf den Negativtrend auf dem Ausbildungsmarkt nicht verwalten und nicht – wie zumindest in der politischen Zusammenfassung im Berufsbildungsbericht 2021 geschehen – beschönigen. Bund, Länder und Sozialpartner müssen vielmehr aktiv gegensteuern, um Langzeitschäden der Corona-Krise für die berufliche Bildung zu verhindern. In der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben wir wichtige Punkte vereinbart.

- Das **Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“** setzt an den richtigen Stellen an, war im Jahr 2020 aber zu bürokratisch gestaltet. Die Bundesregierung hat deshalb beschlossen, dass nicht nur die Prämien, sondern auch die Hilfen zur Vermeidung von Kurzarbeit in der Ausbildung, zur Übernahme von Auszubildenden aus insolventen Unternehmen, für die Verbund- und Auftragsausbildung jetzt schneller und unbürokratischer an mehr Unternehmen fließen. Die Gewerkschaften begrüßen diesen Schritt.
- Eine gute Ausbildung dauert in der Regel drei Jahre, die Corona-Krise geht jetzt ins zweite Jahr. **Viele Jugendliche haben deshalb bereits jetzt gut die Hälfte ihrer Ausbildung im Ausnahmezustand gelernt.** In einer Betriebsumfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt sich: Fast jeder dritte Ausbildungsbetrieb konnte die Ausbildungsinhalte nicht wie vorgesehen vermitteln. Daher ist es gut und richtig, dass die Bundesregierung die Initiative der Gewerkschaften aufgegriffen hat und nun Betriebe gefördert werden, wenn sie ihren Auszubildenden eine kostenfreie Vorbereitung auf die Abschlussprüfungen ermöglichen. Immerhin 40 Millionen Euro stehen hierfür bereit.

Das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ mit seinen Ausbildungsprämien mag als erste Hilfsmaßnahme dienen, es setzt aber nur an den Krisensymptomen an. Wir brauchen aber jetzt in der Ausbildung eine nachhaltige strukturelle Therapie. Nötig ist eine Ausbildungsgarantie nach dem Vorbild Österreichs, die den Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen, den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr in einer außerbetrieblichen Ausbildung bietet. Das ist allemal besser, als die Jugendlichen durch die zahllosen Wege im Übergangsbereich zu schleusen. Finanziert werden soll die Ausbildungsgarantie durch einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben (tarifvertragliche Umlagen, wie in der Baubranche, sind dabei zu beachten). Denn es ist unfair, dass nur weniger als 20 Prozent der Betriebe noch ausbilden, aber 100 Prozent der Betriebe von den ausgebildeten Fachkräften profitieren.

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder

Die Beauftragten der Länder im Hauptausschuss des BIBB danken den zuständigen Ressorts sowie dem BIBB für die Erstellung des umfassenden Berichts.

Wie bereits im vergangenen Jahr steht die Berufsbildung weiterhin in einer pandemiebedingten Ausnahmesituation: Sowohl aufseiten der Bewerberinnen und Bewerber als auch auf der Seite der angebotenen Ausbildungsplätze sind Rückgänge zu verzeichnen. Die pandemiebedingte Unsicherheit verstärkt hier den bereits bestehenden Trend rückläufiger Ausbildungsvertragsabschlüsse. Es gilt daher, gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, Jugendliche und deren Eltern von den weiterhin guten Chancen und Perspektiven einer dualen Ausbildung zu überzeugen und gleichzeitig ein hohes Angebot der Unternehmen an Ausbildungsplätzen aufrechtzuerhalten. Ferner bedarf es geeigneter Konzepte und Maßnahmen, die die Durchführung der Ausbildung und der Prüfungen sichern und zudem Perspektiven für die Zukunft der dualen Berufsbildung entwickeln. Auch in Zeiten der Pandemie gilt, dass die duale Berufsausbildung einen guten Einstieg ins Erwerbsleben darstellt und den Absolventinnen und Absolventen im Anschluss interessante Entwicklungsperspektiven bietet. Gleichzeitig ist die duale Berufsausbildung nach wie vor das Rückgrat einer qualifizierten Fachkräftesicherung. Mehr denn je werden in der Zukunft gut ausgebildete Fachkräfte gerade auch im Bereich der beruflichen Bildung zur Aufrechterhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit gebraucht.

Die Rückgänge von rund 11 Prozent bei den neuen Ausbildungsverträgen geben vor diesem Hintergrund durchaus Anlass zur Sorge. Differenzierungen nach Branchen, Betriebsgrößen und Regionen haben sich weiter verstärkt. Die Rückgänge sind neben den pandemie- und daraus folgend wirtschaftlich bedingten Problemen in verschiedenen Branchen auch demographisch bedingt und ebenfalls dadurch begründet, dass Berufsorientierungsmaßnahmen in Präsenzform nicht stattfinden konnten. Zahlreiche digitale Angebote versuchen dies zwar aufzufangen, konnten aber weder im vergangenen Jahr noch derzeit den unmittelbaren Kontakt zwischen Ausbildungsinteressierten und Ausbildungsunternehmen sowie das direkte Erfahren beruflichen Handelns ausreichend ersetzen. Trotzdem gilt es, digitale Formate fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

Als positives Beispiel zur Sicherung der beruflichen Bildung ist die Umsetzung der Prüfungen in der Pandemie hervorzuheben. Die Berufsschulen, Betriebe und zuständigen Stellen haben es dank engagiertem Einsatz geschafft, trotz großer Herausforderungen das komplexe Prüfungsgeschehen aufrechtzuerhalten und die Berufsausbildung für die Absolventinnen und Absolventen zu einem gelungenen Abschluss zu bringen. Hierfür gebührt allen ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern herzlicher Dank. Auch aktuell gilt es, diese Aufgabe erneut zu meistern.

Viele der durch die Pandemie hinzugekommenen Herausforderungen bleiben auch für das Jahr 2021 zunächst bestehen und verlangen weiterhin gemeinsame Anstrengungen und Lösungsstrategien, um sowohl bundesweit als auch regional ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsstellen zu gewährleisten und die Attraktivität der dualen Berufsausbildung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig gilt es aber auch, die jungen Menschen zu motivieren und zu überzeugen, dass eine duale Berufsausbildung nach wie vor Zukunft hat und gute und attraktive Beschäftigungsperspektiven bietet.

Unser gemeinsames Ziel muss es weiterhin sein, die Folgen der Corona-Krise auf die Ausbildung abzumildern und konstruktiv zu gestalten. Das besondere Engagement der Akteure sowie flankierende Hilfen des Bundes und der Länder zur Sicherung der Berufsausbildung sind weiter notwendig. Die Länder danken allen Betrieben und an der Umsetzung der dualen Ausbildung Beteiligten für ihr Engagement und die gemeinsame Anstrengung zur Aufrechterhaltung des Ausbildungsgeschehens.